

Auslandsbüro Russland

Die Konfliktlinien in der Arktis: Ökonomie, Klimaschutz und Sicherheit

Ein Tagungsbericht

Max Klein

Die Arktis ist ein Indikator für den Wandel des gesamten Klimasystems. Die sensible Region ist besonders anfällig für minimale klimatische Veränderungen und dementsprechend gerade auch vor dem Hintergrund einer wissenschaftsbasierten Klimapolitik ein zentraler Forschungsgegenstand, um Auskunft darüber zu erhalten, welche konkrete Ausgestaltung ökologisch nachhaltige politische Entscheidungen haben sollten. Zugleich wird die Arktis immer mehr Gegenstand geopolitischer Interessen. Neben Fragen zukünftiger Klimapolitik befinden sich in der Arktisregion gigantische Vorkommen der bisher nicht geförderten natürlichen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas. Ferner ermöglichen die grundlegenden klimatischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte das längere Befahren der nordischen Gewässer und eröffnen so kürzere Handelsrouten und neue Handelskalküle.

Diesem komplexen Ineinandergreifen von geopolitischen, wirtschaftlichen sowie ökologischen Interessen, Konflikten und Zielen hat sich eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung Russland organisierte Konferenz über den „Einfluss des Klimawandels auf Geopolitik und Weltwirtschaft am Beispiel der Arktis“ am 22.02.2020 in Murmansk gewidmet. Zusammen mit russischen und deutschen Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit sollten zukünftige Handlungsoptionen und Strategien der Konfliktvermeidung ausgemessen werden.

Sicherheitspolitische Spannungen und Maßnahmen: Institutionen und Vertrauen

Im Rahmen der Veranstaltung stellte Christian Forneck, Außen- und Sicherheitspolitischer Berater der CDU/CSU im Bundestag, die Leitlinien der deutschen Arktispolitik vor. Wie auch der kürzlich vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Bericht „Leitlinien der deutschen Arktispolitik“ hervorhebt, betont auch Forneck eine zunehmende Sensibilisierung der Bundesregierung mit Blick auf die latenten Spannungen in der Arktisregion und die Notwendigkeit einer eigenen Arktisstrategie. Im Zentrum der Leitlinien steht der Anspruch, rechtlich kodifizierte Institutionen zu schaffen, die die Arktis trotz der Gemengelage latenter Konflikte als konfliktarme Region zukünftig durch Kooperationen auf einer anerkannten Rechtsgrundlage sicherstellt.

Ein vor diesem Hintergrund und im Rahmen der Veranstaltung deutlich hervorgehobener Aspekt ist die zunehmende Militarisierung der Arktis. Beteiligte Staaten sichern ihre Interessen und territorialen Ansprüche mit militärischer Präsenz ab. Hubert Thielicke, Mitherausgeber der Zeitschrift „WeltTrends“, äußerte sich besorgt über die gegenwärtige

militärische Entwicklung in der Arktisregion und warnte vor einer sich allmählich abzeichnenden Rüstungsspirale. Es sei wichtig, eine kooperative, auf Kommunikation basierende Vertrauensstruktur zu errichten, die potentiellen, auch nuklearen Konfrontationsszenarien entgegenwirke. Auch die Bundesregierung verweist auf die Gefahren einer möglichen Aufrüstungsdynamik. Die divergierenden individuellen Interessen der einzelnen beteiligten Akteure erhöhen das Potential nicht-kooperativen Verhaltens. Zur Lösung sollen vor allem regionale Gremien ein System multilateraler Stabilität sicherstellen und Interessensgegensätze auf einer gemeinsamen normativen Grundlage vermitteln.

Der Arktische Rat kann dabei als Beispiel für mögliche bereits bestehende institutionelle Maßnahmen fungieren, wie auch die Bundesregierung darlegt. Der 1996 gegründete Rat mit ständigem Referat in Norwegen ist derzeit das wichtigste zwischenstaatliche Forum zum Interessensausgleich zwischen den acht Arktisstaaten und den indigenen Völkern. Neben den Arktisstaaten gehören dem Arktischen Rat daher auch sechs Dachorganisationen indigener Bevölkerungsgruppen als permanente Teilnehmer an. Die Anerkennung der in der Arktis lebenden Bevölkerung stellt sich als besonderes Anliegen der deutschen Arktispolitik dar. Deutschland und weitere Staaten sind als Beobachter zugelassen.

Ökonomische Interessen und klimapolitische Ziele

Die zunehmende Erwärmung der Erde macht es möglich, die wesentlich kürzeren, durch die arktische Region führenden Handelsrouten über längere Zeit zu befahren. Wie Alexander Saburow, Direktor des arktischen Zentrums für strategische Studien, im Rahmen seines Vortrags ausführte, hat sich die Navigationsdauer von bisher 60 Tagen bereits auf 90 Tage mit steigender Tendenz erhöht. Wie wichtig die Arktis für die ökonomischen Interessen der beteiligten Staaten ist, veranschaulichte Aleksej Fadejew, bekannter russischer Politiker und Ökonom, am Beispiel des gegenwärtigen Handelns Russlands in der Arktisregion. Demnach stehen 30% der gegenwärtigen russischen Exporte mit der Arktis in Verbindung. Um eigenen klimapolitischen Ansprüchen gerecht zu werden, präferiert die Bundesregierung ein vertragliches Seerechtsübereinkommen auf der Grundlage bestehender rechtlicher Strukturen. Das VN-Seerechtsübereinkommen spielt dabei eine maßgebliche Rolle. Es bildet den universellen rechtlichen Ordnungsrahmen für die Nutzung und die Erhaltung der marinen Ressourcen, den Meeresumweltschutz und die wissenschaftliche Meeresforschung.

Daran anknüpfend unterstreicht Forneck als hervorgehobenes Element der Arktispolitik der Bundesregierung die klimapolitischen Ziele Deutschlands. Die Bundesregierung erkennt die Arktis als Frühwarnsystem für die globale Erderwärmung an. Die Arktis erwärmt sich demnach doppelt so schnell wie der Rest der Welt. Als Evaluationsmaßstab gelten die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens von 2015. Demnach soll die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius, wenn möglich gar 1,5 Grad beschränkt werden. Als Sanktionsmechanismus spricht sich die Bundesregierung für das Vorsorge- und Verursacherprinzip als Grundprinzip eines gemeinsamen Handlungsfundamentes aus. Für die Beseitigung oder Verringerung von entstandenen Schäden soll grundsätzlich derjenige aufkommen, der die Umweltbeeinträchtigungen verursacht hat.

Ein Problem bei der klaren Identifizierung von Ursachen und Präventionsmaßnahmen der klimatischen Veränderungen in der Arktis zeigt sich nach Einschätzungen anwesender Forscher allerdings in der zu gering ausgebauten Forschung in der Region. Kirill Tschistjakow, Direktor des Instituts für Geowissenschaften der staatlichen Universität St. Petersburg, macht in seinem Vortrag deutlich, dass am Phänomen des Klimawandels selbst

zwar kein Zweifel bestehe, aber es Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Interdependenzen der einzelnen Komponenten gebe. Es mangle bisher an zuverlässigen Daten. Alexander Saburow pflichtet den Ausführungen Tschistjakows bei und betont nachdrücklich, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu wenig über die Problemlage wissen. Wie Forneck unterstreicht, ist die Bundesregierung darum bemüht, die internationalen Forschungsteams in der Arktis sowohl finanziell als auch ideell durch eigenes Know-how zu unterstützen, um politische Entscheidungen wissenschaftlich anzuleiten und so eine nachhaltige Klimapolitik erfolgreich zu institutionalisieren.

Eine Bilanz der Beiträge zeigt eine Einstimmigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit einer Intensivierung der Kommunikation. Auf der Grundlage bestehender und neuer Institutionen sollen rechtlich kodifizierte Praktiken die Arktis als konfliktarme Region sicherstellen und die unterschiedlichen individuellen Interessen im Sinne aller Betroffenen vermitteln. Die Konferenz war ein erster Schritt in diese Richtung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Der. Thomas Kunze
Leiter und Landesbeauftragter für die Russische Föderation
Auslandsbüro Russland
www.kas.de/moskau

info.russland@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)